

## WSM-Handlungsempfehlungen zur Bundestagswahl 2025

Der WSM spricht für die Branche der Stahl- und Metallverarbeitung in Deutschland, diese umfasst 5.000 vorwiegend mittelständische Betriebe mit 500.000 Beschäftigten. Viele inhabergeführte Unternehmen bestehen seit Generationen; Standorttreue, Verantwortungsbewusstsein und soziales Engagement vor Ort zeichnen sie aus. Dieser produzierende Mittelstand ist dringend auf wettbewerbsfähige Standortbedingungen angewiesen.

Zu hohe Kosten am Standort Deutschland, in der Folge eine rückläufige Auftragslage und negative Zukunftserwartungen haben dazu geführt, dass viele Betriebe die Produktion zurückfahren, ins Ausland verlagern und Personal in Deutschland abbauen. Investitionen in inländische Produktion finden immer weniger statt.

Unsere Handlungsempfehlungen haben zum Ziel, die Deindustrialisierung der Branche aufzuhalten und die Betriebe in Deutschland zu halten. Dafür ist Folgendes Voraussetzung:

1. Den Unternehmen mehr Vertrauen schenken und bürokratische Belastungen radikal abbauen.
2. Den Umbau der Energieversorgung planbar gestalten und Energiekosten dauerhaft begrenzen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau.
3. Das Umweltrecht zukunftsfähig, praxistauglich und im europäischen und internationalen Umfeld „wettbewerbsfähig“ machen.
4. Die Infrastruktur ertüchtigen.

### **1. Den Unternehmen mehr Vertrauen schenken und bürokratische Belastungen radikal abbauen**

Die neue Bundesregierung muss bürokratische Belastungen in schnellen Schritten nachhaltig abbauen. Nach vielen verlorenen Jahren ohne spürbaren Fortschritt sind jetzt innovative und radikale Maßnahmen umzusetzen.

Die EU-Kommission muss gestoppt werden und darf den Unternehmen keine neuen Lasten mehr aufbürden. Die Entstehung belastender Vorschriften muss von vornherein vermieden werden, anstatt im Nachhinein über ihre Praxistauglichkeit zu diskutieren. Die Verwaltung ist auf allen Ebenen zu digitalisieren. Zwischen Unternehmen und Verwaltung sollte es mittelfristig keine papierbasierten Prozesse mehr geben.

Einen zu großen Aufwand stellen Nachweis- und Berichtspflichten dar, die zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erlassen wurden. Bei der Lieferkettensorgfaltsverpflichtung müssen Wirtschaftsbereiche definiert werden, die per se keine bzw. nur sehr geringe Risiken darstellen und deshalb ausgenommen werden. Die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung ist mittelstandstauglich auszugestalten und auf wenige Daten zu beschränken. Der Kreis der Prüfungsberechtigten ist auszuweiten.

Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen verbessert und verkürzt werden durch

- Optimierung und maximal 1:1 Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben,
- vereinfachte Genehmigungsverfahren bei Vorhaben mit geringen Risiken als Standard,
- Digitalisierung bei Genehmigungsverfahren und Verstärkung von in der Industrie etablierten Projektmanagementstrukturen (z.B. paralleler Durchführung von Genehmigungsschritten statt serieller Abarbeitung),
- verstärkte Nutzung des Instruments „vorzeitiger Maßnahmenbeginn“ z.B. im BImSchG,
- Vermeidung von Verfahrensverzögerungen durch konsequente Anwendung der Stichtagsregelung,
- Anwendung von gesetzlichen Genehmigungsfiktionen nach Zeitablauf,
- Reduzierung der Möglichkeit von jedermann, Einwände vorzubringen.

## **2. Den Umbau der Energieversorgung planbar gestalten und Energiekosten dauerhaft begrenzen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau**

WSM-Unternehmen entwickeln und produzieren Vorprodukte für Klimaschutztechnologien und haben selbst Treibhausgasemissionen in erheblichem Umfang reduziert. Sie brauchen verbindliche und zuverlässige Rahmenbedingungen für ihre Energieversorgung, heute und in der Zukunft. Konkret: welche Energieträger werden am Standort des Unternehmens verfügbar sein (Strom, grüner Wasserstoff) und zu welchen Kosten? Die Entscheidungen über den Energieträger der Zukunft stehen in den Unternehmen aktuell auf der Tagesordnung. Folgendes ist erforderlich:

- Für das verarbeitende Gewerbe muss ein Produktionsstrompreis kommen, der Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen lässt und dazu anreizt, aus fossilen Wärmeprozessen auszusteigen und stattdessen zu elektrifizieren.
- Die Netzentgelte müssen deutlich reduziert und auf einem niedrigen Niveau stabilisiert werden. Der Staat muss einen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung der Netzentgelte leisten, auf eine teure Erdverkabelung muss verzichtet werden. Er muss ein klares Bekenntnis dazu abgeben, dass die Produktion nicht der Energieverfügbarkeit folgen kann.
- Es ist ein Strommarktdesign zu entwickeln, das wettbewerbsfähige Strompreise garantiert. Die Einführung eines Kapazitätsmechanismus mit der Integration neuer, wasserstofffähiger Gaskraftwerke darf nicht dazu führen, dass sich die Stromversorgung weiter verteuert.
- Der nationale Brennstoffemissionshandelspreis für industrielle Prozesswärme ist spätestens ab 2027 durch ein europäisches System (EU-ETS 2) zu ersetzen. Vor der Implementierung des EU-ETS 2 muss ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutzmechanismus für die im globalen Wettbewerb agierenden Unternehmen entwickelt werden. Bis zur Einführung des EU-ETS 2 ist der nationale CO<sub>2</sub>-Preis auszusetzen.
- Die Bundesregierung muss beim EU-Klimazoll (CBAM) deutliche Verbesserungen erreichen. Erstens muss der Anwendungsbereich auf weitere Downstream-Produkte

erweitert werden, die einen hohen Vormaterialanteil an erfassten Grundstoffen aufweisen. Zweitens muss eine Exportregelung gefunden werden, nach der Exporte aus der EU nicht schlechter gestellt werden als außereuropäischer Wettbewerb.

- Die Nutzung von Kernkraft sollte nicht grundsätzlich verworfen werden, Deutschland muss aktiv bleiben bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Kernenergie.
- Neue Technologien müssen im Wettbewerb entstehen, der Staat sollte nur die Ziele und nicht die Technologie vorgeben (Marktwirtschaftliches Prinzip der Technologieoffenheit).

### **3. Das Umweltrecht muss zukunftsfähig, praxistauglich und im europäischen und internationalen Umfeld „wettbewerbsfähig“ werden**

Das Umweltrecht, bestehend aus anlagen-, umweltmedien- und stoffbezogenen Schutzgesetzen, muss Teil der Industriepolitik werden, zum Beispiel bei der Umsetzung der IED-Richtlinie und den erforderlichen umfangreichen Änderungen diverser nationaler Regelwerke wie dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Gewässerschutz und dem Abfallrecht. Im elementaren Fall der IED-Umsetzung in nationales Recht sind folgende Forderungen zu beachten:

- Verbesserungsansatz nicht in Gesetzen verankern  
Dem Ansatz des „kontinuierlichen Verbesserungsprozesses-kvp“ in IED Anlagen ist Einhaltung zu gebieten, der kvp-Ansatz ist vorbehalten für die freiwillig zu etablierenden Umweltmanagementsysteme (z.B. ISO 14001 oder EMAS).
- Maximale Integration in vorhandene Umweltregelwerke  
Maximale Nutzung und Integration von Anforderungen (z.B. Chemikaliensystem) in vorhandene nationale Vorschriften.
- Keine zusätzlichen Prüfungen von Systemen durch externe Stellen  
Etablierte Kontrollen und Überprüfungen von Behörden und/oder akkreditierten Stellen reichen aus, um z.B. das IED-Umweltsystem zu begutachten.
- Notwendige Veröffentlichungen und externen Berichte eindämmen  
Die zusätzlich zu anderen Regelwerken (z.B. zu CSDDD, CSRD) geforderte externe Kommunikation von Elementen des UMS ist zu vermeiden.

### **4. Die Infrastruktur ertüchtigen**

Das produzierende Gewerbe ist angewiesen auf eine leistungsfähige Straßen-, Strom- und Datennetzinfrastruktur. Insbesondere im ländlichen Raum sind Verbesserungen dringend erforderlich. Der Sanierungsstau bei Fahrbahnen und Brücken muss viel schneller behoben werden als bislang, damit die Industrie mit Material versorgt werden kann und die Kunden beliefert werden können. Die Stärke Deutschlands, das industrielle Netzwerk aus vielen kleinen und großen Unternehmen, funktioniert nur mit funktionsstüchtigen Straßen- und Schienennetzen. Die Stromnetze aller Netzebenen sind zu ertüchtigen, damit sie die Mengen an regenerativ erzeugtem Strom sowohl überregional als auch regional aufnehmen und verteilen können. Datennetze für schnelle Datenübertragungen sind sowohl regional als auch überregional weiter auszubauen.